

## Öffentliche Daseinsvorsorge sichern – umsetzbare Alternativen aufzeigen

### I. Ein Jahr schwarz-rote Koalition

Mit der Wiederholungswahl hat sich die politische Landkarte für Berlin erheblich verändert. Die schwarz-rote Koalition hatte versprochen durch „einfach mal machen“ dafür zu sorgen, dass die Stadt wieder verlässlich funktioniert. Nicht weniger als „das Beste für Berlin“ wollte sie sein, Bürgeramtstermine sollte es bis Ende 2023 innerhalb von 14 Tagen geben, der Wohnungsbau endlich durchstarten, der Lehrkräftemangel beendet, die Verwaltung reformiert und digitalisiert werden. Allerdings wurde schnell klar, dass bei all dem mehr Optimismus als Plan im Spiel war.

Erst recht mangelt es der Koalition an Ideen für die notwendige Umgestaltung der Stadt, hin zu einer solidarischen, klimaresilienten Stadt der Daseinsvorsorge und Demokratie und Freiheit. Diese Koalition blockiert sich selbst, verunsichert die Stadt und verursacht Chaos.

Denn so harmonisch das Bild der schwarz-roten Koalition nach außen auch ist, unterhalb der Oberfläche schwelen tiefgreifende Differenzen beispielsweise in sozialen Fragen oder beim Umgang mit Geflüchteten, aber auch in der Verkehrspolitik. Monate lang blockierte die CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Und immer wieder fällt es Teilen der CDU erkennbar schwer ihrem Regierenden Bürgermeister bei der klaren Abgrenzung gegenüber Rechts und dem Zusammenhalt der demokratischen Parteien gegenüber der AfD zu folgen.

Seinen Höhepunkt fand die gegenseitige Blockade in den Beratungen zum Doppelhaushalt. Weil die Koalition sich offenkundig nicht auf gemeinsame Prioritäten einigen konnte, wurde einfach nicht entschieden. Durch diese Verweigerung Verantwortung zu übernehmen, schufen CDU und SPD bei den vielen Trägern, Vereinen und Verbänden der sozialen und kulturellen Arbeit Verunsicherung über deren Zukunft. Das setzt sich aktuell fort, mit dem Hinauszögern der Entscheidungen darüber, wie die riesigen Pauschalen Minderausgaben im Haushalt aufgelöst werden sollen.

CDU und SPD steuern mit ihrer Politik des Aussitzens Berlin in schwieriges Fahrwasser. Je länger zweifelsohne komplizierte Entscheidungen aufgeschoben werden, desto schwerer wird es, verträgliche Lösungen zu finden und desto gravierender drohen die damit verbundenen Einschnitte zu werden.

Diese Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag umfangreiche Versprechungen gemacht – erfüllt hat sie nur wenige. Stillstand und Verschlechterung sind ihr

Markenzeichen, markige Worte und wenig Taten das Ergebnis. Statt Antworten auf die Fragen zu liefern, wie Berlin die Herausforderungen der Klima- und anderer globaler Krisen bewältigen und dabei den sozialen Zusammenhalt stärken kann (Energie und Wärme, Verkehr, energetische Sanierung, Stadtgrün, Migration, Wohnungsnot, Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur), produzieren CDU und SPD regelmäßig Traumschlösser und Scheinlösungen (Olympia, Magnetschwebbahn, Umzäunung des Görlitzer Parks, Randbebauung des Tempelhofer Felds). Wer Berlin so regiert, verbreitet keine Aufbruchstimmung. Wer so regiert, spielt die Menschen gegeneinander aus und sorgt dafür, dass die Zukunftssorgen und Unsicherheit steigen.

Hinzu kommt die in der Berliner CDU wie SPD auch 20 Jahre nach den von Filz und Korruption geprägten 90er noch immer existente Empfänglichkeit für Parteispenden und Klientelinteressen sowie das Selbstverständnis, mittels Versorgung des eigenen Umfelds mit gut dotierten Posten (innerparteiliche) Klientel- und Machtpolitik zu betreiben.

Gleichzeitig gibt es eine gesichert rechtsextreme Oppositionspartei im Parlament und wächst die Bedrohung für die Demokratie durch rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Kräfte auch außerhalb des Parlaments. Jegliche politische Strategie muss mit dieser Gefahr für die Demokratie umgehen. Angesichts der Bedrohung der demokratischen Gesellschaft durch Rechtsextremismus werden wir die Demokratie verteidigen. Für uns gehören Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung selbstverständlich zu Berlin. Wir unterstützen die Bemühungen, ihre Repräsentanz in demokratischen Entscheidungsstrukturen wie auch im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

## **II. Ein Jahr Opposition**

Tragisch ist besonders, dass es in Berlin anders gehen könnte. Es gibt nach wie vor eine progressive Mehrheit für R2G. Viele progressive Projekte könnten mit dieser Mehrheit umgesetzt werden. Die SPD hat sich für einen anderen Weg entschieden.

Wir verfolgen das klare Ziel, dass spätestens ab 2026 wieder zu ändern. Dafür muss uns allerdings klar sein, dass die gesamtgesellschaftlichen und auch finanziellen Rahmenbedingungen nicht besser werden. Weder werden wir große finanzielle Spielräume haben, noch dürfen wir mit einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung für eine gerechte, soziale, klimaresiliente und freiheitliche Politik rechnen. Aus unserer Sicht helfen in dieser Situation weder Bekenntnisse, noch die Hoffnung, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen über Nacht zum Besseren wenden. Was helfen kann, ist praktische Politik. Wir wollen zusammen mit Anderen konkrete und umsetzbare Konzepte entwickeln, mit denen wir den Menschen in Berlin ein Angebot für eine andere Politik machen und um progressive Mehrheiten werben können.

Ein solcher Anspruch hat Auswirkungen auf unsere Oppositionsarbeit. Auf unserer Tagesklausur im August 2023 haben wir mit dem Papier „DIE LINKE in der Opposition – DIE soziale Kraft in Berlin“ unseren Neuaufstellungsprozess begonnen. Wir haben versichert, dass wir die Spaltung der Stadt mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis überwinden wollen. Wir hatten uns festgelegt: Die Regierung immer wieder zu kritisieren und Widerstand gegen rückwärtsgewandte Politik zu leisten. Gleichzeitig hielten wir fest: „Darüber

hinaus ist es aber unabdingbar, Lösungsvorschläge für die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln und dafür um Mehrheiten zu ringen.“

Wir haben seitdem einen Weg eingeschlagen, der vom Willen getragen war, die demokratische Opposition zusammenzuhalten und die grundlegenden Probleme der Stadt konstruktiv-alternativ anzugehen. Dies macht sich daran fest, dass wir mit den Grünen gemeinsam Aktuelle Stunden beantragen, den Haushalt und die Folgen vor allem für die Freien Träger und die Bezirke konsequent immer wieder thematisieren sowie zum Beispiel mit dem Kommunalen Wohnungsbauprogramm und dem Heizkostenfonds konkret umsetzbare, realistische Konzepte vorlegten.

### **III. Konsequenz 2026 vorbereiten - für ein richtig rotes Rathaus**

Auf der Klausur 2023 haben wir uns für eine Politik entschieden, die dazu führen soll, „dass gegen uns 2026 keine Regierung gebildet werden kann.“ Damit hat die Fraktion nur festgehalten, was die Partei im Mai 2023 bereits beschlossen hatte: „Wir kämpfen darum, bis 2026 auf dieser Grundlage mit der Vision einer sozialen und ökologischen Stadt in Land und Bezirken neue, auf Beteiligung beruhende Gestaltungsmacht zu erreichen.“

In den nächsten zweieinhalb Jahren kommt es für die Fraktion darauf an, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Auf die Fraktion kommt die Aufgabe zu, neben der Konzentration auf die bereits vereinbarten zentralen Projekte ein Angebot für zu entwickeln, für all die Menschen, die unter den aktuellen Krisen besonders zu leiden haben, für diejenigen, die sich mit den gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten nicht abfinden wollen und die, die mit Sorge auf die Zerstörung unserer natürlichen Grundlagen und die Erosion unserer Demokratie schauen. Dieses Angebot soll neben bereits vorliegenden Konzepten auch neue Ideen und Vorhaben umfassen, die noch weiterentwickelt werden müssen. Die Ideen, Vorschläge und Konzepte wollen wir dabei mit zivilgesellschaftlichen Organisationen debattieren und gemeinsam konkretisieren.

Mit Blick auf die zentralen Projekte haben wir festgehalten, dass diese „über den gesamten Zeitraum der Legislaturperiode bearbeitet werden und deren Ergebnisse konkret umsetzbare Konzepte sein müssen, die über die reine Bekenntnisebene hinausgehen“. Ziel sollten realistische Konzepte sein, die uns für die Abgeordnetenhauswahlen 2026 zur Verfügung stehen. Zur Untersetzung hatten wir uns auf vier zentrale Felder geeinigt, mit denen wie Die Linke im Abgeordnetenhaus auch kommunikativ verbinden wollen.

Wir ducken uns nicht weg, vor den großen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Verkehrs- und Energiewende, oder Mangel an bezahlbarem Wohnraum, sondern entwickeln konkrete Konzepte, wie diese Probleme angepackt und langfristig gelöst werden können.

Wir werden auf unserer Klausur Vorschläge für ein kommunales bzw. gemeinnütziges MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum) präsentieren. Wir widmen uns dem Themenfeld der Wärmewende und unterbreiten Vorschläge, wie dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Wir diskutieren, wie es mit der energetischen Sanierung von Gebäuden vorangehen kann und wie ein Wahlrecht für Alle aussieht.

Wir wollen wir mit unserer Arbeit einen Beitrag leisten, der Erosion des Vertrauens in die Demokratie und in die demokratischen Prozesse entgegenzuwirken. Wir wollen zeigen, was mit progressiven Mehrheiten für die Menschen in Berlin möglich wäre. Angesichts des zunehmenden Rechtsextremismus mit Deportationsfantasien ist es auch eine Aufgabe, nicht in Populismus zu verfallen. Wir wollen Wege aufzeigen – wissend, dass deren Realisierung möglicherweise länger dauert und schwerer zu beschreiten sind als schnelle Scheinlösungen, die vielleicht gut klingen, aber nicht helfen. Soziale Probleme lassen sich nicht einfach verdrängen, indem man Parks einzäunt.

#### **IV. Zentrale Botschaft: Garant für Daseinsvorsorge**

Unsere zentrale Botschaft für die nächsten zwei Jahre lautet: Wir sind der Garant für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge.

Dieses Anliegen ist nicht nur für Berlin von zentraler Bedeutung, es ist auch die Klammer zwischen Bundespartei und anderen Parlamentsfraktionen. Insbesondere zu den Fraktionen in den Ländern, in denen Die Linke mitregiert, also Thüringen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern lässt sich hier eine Verbindung ziehen. Progressive Mehrheiten brauchen immer auch einen Garant für die Daseinsvorsorge – das ist die Linke.

Ohne öffentliche Daseinsvorsorge werden die Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte, Rassismus- und Diskriminierungserfahrung diejenigen sein, die besonders von den Folgen der Klimakrise und einer nicht ausreichend klimaresilienten Stadt betroffen sind, deren Chancengleichheit beim Zugang zu Wohnraum, Bildung, Kultur und medizinischer Versorgung nicht gegeben ist, deren demokratische Rechte ausgehöhlt und deren Freiheit eingeschränkt wird. Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist elementar für das Zusammenleben in der Stadt und Die Linke ist ihr Garant.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge ist ein gesamtstädtischer Ansatz. Ein Ansatz, der verbindet und nicht spaltet. Ein Ansatz der vor allem die Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie Menschen mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrung und Migrationshintergrund in den Blick nimmt und dabei die Verbindung zur Mehrheitsgesellschaft herstellt. Denn von einer funktionierenden Daseinsvorsorge profitiert die gesamte Stadt.

Mit einer Fokussierung auf die Sicherung der Daseinsvorsorge für eine klimaresiliente, solidarische Stadt der Freiheit und Demokratie und den sich aus diesem Ansatz ergebenden Initiativen und Vorschlägen wollen wir ein Angebot auch an diejenigen unterbreiten, die uns bisher nicht gewählt haben.

Dabei verstehen wir die beschlossenen Projekte nicht als abschließend, sondern sind offen für weitere Projekte. Für die bereits beschlossenen Projekte wird bis zum Beginn der Sommerpause ein Zeitstrahl der weiteren Bearbeitung beschlossen, neue Projekte sind mit einem Zeitstrahl zu versehen.

Die Ressourcen der Fraktion werden nicht mehr. Die Fraktion muss projektorientierter, arbeitskreisübergreifender und mit klarer Prioritätensetzung auf „Großbaustellen“ arbeiten, von Anfang die Zivilgesellschaft mit einbeziehen und eine Öffentlichkeitsstrategie für jedes Vorhaben von Anfang an mitdenken. Dies erfordert Mut zur Lücke und Priorisierung. Es erfordert gleichzeitig die Bereitschaft zu kollaborativem und kollektiven Arbeiten.

Bis zur Sommerpause werden wir bei der Aufsetzungs- und Antragsstrategie, bei Schriftlichen Anfragen, Veranstaltungen, Reden und Pressemitteilungen beständig auf die vier zentralen Felder verweisen und deutlich machen, warum Daseinsvorsorge die zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Stadt für Alle ist.